

Positionen der IHK Nürnberg für Mittelfranken

Grundpositionen der IHK 2020-2024 für den Energie- und Umweltausschuss

Vollversammlungsbeschluss – 15. Dezember 2020

Die IHK Nürnberg für Mittelfranken hat in verschiedenen Bereichen Grundpositionen als geltende Linien für die Ausschussarbeit festgelegt.

Mit Beschluss vom 15. Dezember 2020 hat die Vollversammlung der IHK Nürnberg für Mittelfranken die „Grundpositionen der IHK 2020-2024 für den Energie- und Umweltausschuss“ verabschiedet.

Im Folgenden finden Sie den beschlossenen Text dieser Grundpositionen.

IHK-Ausschuss „Energie | Umwelt“

Leitlinien für die Wahlperiode 2020-2024

- Gemeinsam nachhaltig wirtschaften -

Mitglieder

- Inhaber, Vorstände, Geschäftsführer oder Bevollmächtigte von IHK-zugehörigen Unternehmen können Mitglied sein.
- Mitglieder werden vom IHK-Ausschuss „Energie | Umwelt“ vorgeschlagen und von der IHK-Vollversammlung berufen. Nachberufungen können einmal jährlich erfolgen.
- Leitende Mitarbeiter von Unternehmen und Institutionen können einmalig oder dauerhaft als Gäste teilnehmen.
- Bei der Mitgliederstruktur des Ausschusses wird auf eine repräsentative Auswahl von Unternehmen im Hinblick auf Branchen, Betriebsgrößen, Regionalverteilung, Betroffenheit und Sachverstand geachtet.
- Mitglieder des IHK-Präsidiums, die Vorsitzenden der IHK-Gremien, die Vorsitzenden und Geschäftsführer der IHK-Ausschüsse, der IHK-Hauptgeschäftsführer und die Leiter der IHK-Geschäftsbereiche sind zu allen Sitzungen eingeladen. Die Mitglieder des IHK-Ausschusses „Industrie | Forschung | Technologie“ erhalten nachrichtlich die Einladungen des IHK-Ausschusses „Energie | Umwelt“. Umgekehrt werden die Ausschuss-Mitglieder nachrichtlich über die Aktivitäten des Ausschusses „Industrie | Forschung | Technologie“ informiert.

Vorsitz:

Robert Späth

Stellvertretung:

Bettina Gmehling | Rainer Hofmann

Geschäftsführung:

Dr. Ronald Künneth

Auftrag | Mission

Der gesetzliche Auftrag und die Mitgliedschaft aller gewerblichen Unternehmen verpflichten und legitimieren die IHK-Organisation in besonderer Weise, Position zu beziehen für das Gesamtinteresse der Wirtschaft. Nachhaltigkeitsaspekten werden mit Blick auf die unternehmerische Verantwortung hierbei besondere Aufmerksamkeit geschenkt

Der IHK-Ausschuss „Energie und Umwelt“ nimmt die Anliegen der Unternehmen auf und berät die IHK Nürnberg für Mittelfranken mit dem Ziel der Einflussnahme auf Politik und Verwaltung sowie auf die regionale Entwicklung.

Ziel | Vision

Wir tragen dazu bei

- Schonung von Umwelt und Ressourcen mit Wohlstand und Beschäftigung in Einklang zu bringen
- Mittelfranken zu einer führenden Region in den Sektoren Energie und Umwelt zu entwickeln

Aktivitäten | Aufgaben

- Erfahrungsaustausch | Networking der Ausschuss-Mitglieder untereinander
- Meinungsbildung – ggf. mit Beschlussfassung – zur Unterstützung der IHK in energie- und umweltpolitischen Themen.
- Interessensvertretung: Gespräche mit Politik, Verwaltung, Verbänden und Forschungseinrichtungen, ggf. verbunden mit Informationsbesuchen
- Austausch mit bestehenden Netzwerken wie der EnergieRegion sowie dem Umweltcluster Bayern
- Besuch bei Unternehmen und Organisationen zur Information und Diskussion über energie- und umweltrelevante Themen

Zusammenarbeit

- Zwei- bis drei Treffen im Jahr – ggf. in Kooperation mit anderen Ausschüssen
- Hohe Präsenz (> 50 Prozent) und aktive Mitarbeit wird erwartet
- Offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Ausschuss
- Kurzes Ergebnisprotokoll der Sitzungen durch die Geschäftsführung
- Der Ausschuss „Energie und Umwelt“ vertritt auch dann einen Standpunkt, wenn Interessengengensätze aufeinander stoßen. In diesem Fall werden die unterschiedlichen Positionen abwägend und ausgleichend berücksichtigt und der so gefundene Standpunkt öffentlich vertreten.

Grundpositionen

Nachhaltige Energie- und Umweltpolitik fördern

Das Gesamtinteresse der Wirtschaft entspricht einer Politik, die sich für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung unter Beachtung ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Ziele stark macht. Der Ausschuss „Energie | Umwelt“ unterstützt Anstrengungen für mehr Klima- und Umweltschutz, beispielsweise im Rahmen der deutschen Energiewende. Hierbei ist wesentlich, dass in jeder Phase der Umsetzung die Versorgungssicherheit auf hohem Niveau erhalten bleibt und das Preisniveau nicht zu einer Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wird. Der europäische Green Deal sollte so ausgestaltet werden, dass er als Treiber für Wertschöpfung und Wohlstand in Europa wirkt.

Standortbedingungen verbessern

Nachhaltige Energie- und Umweltpolitik muss wettbewerbsfähige Standortbedingungen schaffen. Wichtige Aspekte sind der Abbau unnötiger Vorschriften, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Verwaltungsvereinfachung, die Sicherung bzw. Stärkung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur sowie die Förderung von Markt und Wettbewerb.

Selbstverantwortung der Wirtschaft stärken

Die Selbstverantwortung der Unternehmen wird auch im Umweltschutz und bei der Energieeffizienz gefördert. Freiwillige Instrumente auf belastbarer Basis haben Vorrang vor staatlicher Regulierung. Wo immer möglich, ist zur Sicherung der Energieversorgung und zur Lösung von Umweltproblemen auf den Markt zu setzen. Rechtliche Regelungen sollten geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein sowie auf einer sorgfältigen Folgenabschätzung beruhen.

Internationale Harmonisierung anstreben

Die wichtigsten Herausforderungen – wie beispielsweise der Klimaschutz – können nur durch globale Anstrengungen gelöst werden. Daher sind Ziele, Strategien, Instrumente und Maßnahmen der Energie- und Umwelt-/Klimaschutzpolitik besser als bisher international abzustimmen und die Lasten fair zu teilen. Eine internationale Vorbildfunktion sollte sich auf Kooperationen zwischen Staat und Wirtschaft, beispielsweise in Form von innovativen Projekten, konzentrieren.

Regionale Kernkompetenz „Energie und Umwelt“ stärken

Der Bereich „Energie und Umwelt“ gehört zu den technologischen Kompetenzfeldern, die im Entwicklungsleitbild der Europäischen Metropolregion Nürnberg definiert sind. Im Sinne der strategischen Ausrichtung der Clusterpolitik („die Stärken stärken“) gilt es, dieses Zukunftsfeld im globalen Wettbewerb durch Bündelung der regionalen Kräfte bestmöglich zu entwickeln. In Mittelfranken arbeiten rund 80.000 Beschäftigte in mehreren tausend Unternehmen in den Branchen Energie und Umwelt. Der Ausschuss Energie | Umwelt setzt sich dafür ein, die regionale Wertschöpfung und Infrastruktur in diesen Sektoren zu sichern bzw. zu stärken.

Arbeitsschwerpunkte 2020 | 2024

Die Kernaufgabe des Ausschusses liegt in der Beratung der IHK-Vollversammlung bei allen wirtschaftlich relevanten Fragestellungen aus den Bereichen Energie und Umwelt. In den Ausschusssitzungen werden aktuelle Themen vorgestellt und diskutiert, um ein Meinungsbild des Ausschusses zu erarbeiten. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für Stellungnahmen der IHK und werden bei zentralen Themen in den Medien publiziert.

Für die Ausschussarbeit in der Wahlperiode 2020 | 2024 sind folgende Schwerpunkte geplant:

- Mitgestalten der Energiewende: Dekarbonisierung, Wasserstoffwirtschaft, Energiespeicher, klimafreundliche Mobilität
- Schrittweise Ausrichtung der Unternehmen auf Klimaneutralität
- Energie-Versorgungssicherheit, Netzausbau in der Region, Energie 4.0 –Stromnetze der nächsten Generation
- Green Deal der Europäischen Union als Masterplan für die nachhaltige Transformation
- Nachhaltiges Finanzwesen | Sustainable Finance
- Nachhaltigkeitsstrategie im Bereich Chemikalien, Reach
- Kreislaufwirtschaft, Entsorgungssicherheit von Gewerbeabfall, Produktverantwortung, Ressourceneffizienz, Kunststoffbeschränkungen
- Übertragbare Beispiele für Nachhaltiges Wirtschaften identifizieren und diskutieren
- Unternehmensbesuche durch den Ausschuss: gute Lösungen in Unternehmen kennen lernen („Best practise“ bei der Umsetzung von energiepolitischen Vorgaben)
- Forschung | Entwicklung | Technologietransfer in den Bereichen Energie und Umwelt
- Digitalisierung in den Bereichen Energie und Umwelt
- Umweltpakt Bayern – Fortführung der freiwilligen Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft
- Zusammenarbeit mit dem IHK-Ausschuss Industrie|Forschung|Technologie bei gemeinsamen Themen